

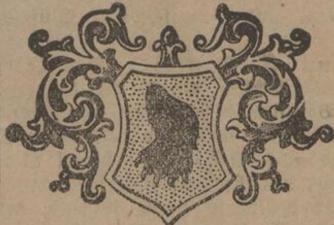
# Pulsnitzer Wochenblatt

Hauptredaktion: Pulsnitz, Postfach 118. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz  
Postfach 118, Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



**Erscheinung:** Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich — 65 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich — 60 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2 50 freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Pettzeile (Masse's Zeilenmaß 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15. Amtliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungstag. — Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 1.

Donnerstag, den 3. Januar 1924.

76. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Gewerbesteuer — Arbeitgeberabgabe.

1. Von den der Gewerbesteuer unterliegenden Gewerben wird mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab neben der durch das Gewerbesteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1923 geordneten Betriebsanlage und Ertragsanlage und unbeschadet des daselbst in § 13 Abs. 3 Satz 2 vorgesehenen Zuschlags zur Ertragsanlage eine Arbeitgeberabgabe als weiterer Bestandteil der Gewerbesteuer erhoben.
2. Als Arbeitgeberabgabe ist die Hälfte des Betrags zu entrichten, den der Arbeitgeber vom Arbeitslohn der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer gemäß § 46 des Einkommensteuergesetzes einzubehalten und an das Reich abzuführen hat.
- Die Abgabe darf weder ganz noch teilweise auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden.
3. Die Abgabe ist vom Arbeitgeber an die Gemeinde abzuführen, in der die Betriebsstätte liegt (Betriebsgemeinde).  
Erfreht sich eine Betriebsstätte oder ein einheitlich bewirtschafteter Grundbesitz über mehrere Gemeinden (selbständige Gutsbezirke), so gilt der Ort der Betriebsleitung als Betriebsgemeinde.
4. Die Arbeitgeber haben die Abgabe, gleichviel ob sie den Steuerabzug vom Arbeitslohn ihrer Arbeitnehmer im Ueberweisungsverfahren oder durch Verwendung von Steuermarken bewirken, jeweils am 5., 15. und 25. eines Kalendermonats zu entrichten, und zwar: 1. am 5. eines jeden Kalendermonats die Hälfte der Beträge, die von Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 10. dieses Kalendermonats, 2. am 15. eines jeden Kalendermonats die Hälfte der Beträge, die von Lohnzahlungen in der Zeit vom 11. bis zum 20. dieses Kalendermonats, 3. am 25. eines jeden Kalendermonats die Hälfte der Beträge, die von Lohnzahlungen in der Zeit vom 21. bis zum 31. dieses Kalendermonats einbehalten worden sind.
5. Ein Bescheid über die Abgabe wird nicht erteilt.
6. Die Arbeitgeber werden hierdurch aufgefordert bis spätestens den 9. d. s. Mts.

Nachweisungen über die am 2. d. s. Mts. beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Wohnorten bei der Stadtsteuer-Einnahme einzureichen. Die Nachweisungen müssen Namen, Vornamen, Stand, Wohnort und Wohnung der Arbeitnehmer enthalten. Aufzunehmende sind auch solche Arbeitnehmer, die am Stichtage keinen Lohn bezogen haben.

7. Der Arbeitgeberabgabe unterliegt auch die Hälfte derjenigen Beträge, die vor dem 1. Januar 1924 im Marken- oder Ueberweisungsverfahren vom Arbeitslohn einbehalten waren und bis zum 31. Dezember 1923 noch nicht an das Reich abgeführt worden sind.

8. Bei jeder Entrichtung der Abgabe ist eine Nachweisung (Bescheinigung) mit einzureichen. Vordrucke können bei der Stadtsteuer-Einnahme gegen Erstattung der Selbstkosten entnommen werden.

9. Die Strafvorschriften (§§ 32, 33) des Gewerbesteuergesetzes gelten entsprechend.  
Pulsnitz, am 2. Januar 1924. Der Stadtrat.

### Die Ortslöhne und die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste

sowohl der landwirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter für den Bezirk des Versicherungsamtes Pulsnitz sind ab 31. Dezember 1923 neu festgestellt worden.

Diese neuen Sätze hängen in den Aushängekästen und in der Rathausflur zur Einsichtnahme aus.

Pulsnitz, den 3. Januar 1924. Der Stadtrat.  
Versicherungsamt.

### Auholzversteigerung. Röhrsdorfer Staatsforstrevier.

Freitag, 11. Januar 1924, vorm. 11 Uhr Mittelgasthof Großröhrsdorf: 853 m. Röhre 7/83 cm, 182 m. Verbirgen 8/13 cm, 240 m. Reisklängen 4/7 cm, 23,5 m. Nussknüppel. Abt. 27 (Plenterchl.), 1, 4, 5, 17, 23, 31 (Durchforstungen).  
Forstrevierverwaltung Röhrsdorf in Klein-Röhrsdorf, 2. Jan. 1924. Forstrentamt Dresden.

## Das Wichtigste.

Der Reichspräsident veröffentlicht eine Verordnung über Änderungen der bisher geltenden Bestimmungen des Ausnahmezustandes.  
In einer längeren Besprechung mit dem französischen Botschafter in Berlin wies der Reichskanzler auf die Ungerechtigkeit des Düsselberger Urteils und die dadurch im deutschen Volke geschaffene Erbitterung hin.  
Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel erhielt am Montag den Bescheid des Ministerratspräsidenten Scheunert, der dem Geschäftsträger informatorisch mitteilte, daß die deutschen Vorschläge nicht weitgehend genug für Verhandlungen seien.  
Der Reichsinnenminister Dr. Jarres befindet sich zur Zeit in Weimar zu Beratungen im Zusammenhang mit der über Thüringen verhängten Reichsaufsicht.  
Sämtliche bürgerlichen Parteien Thüringens beschließen die Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste für die nächsten Landtagswahlen.  
In der Neujahrnacht und vorgestern früh wurden in Hannover wiederum mehrere Kommunisten verhaftet, die im Verdacht stehen, an dem Bombenanschlag gegen den Oberpräsidenten Noske beteiligt zu sein.

### Die Eröffnung des Wahlkampfes.

Darüber sind nun nachgerade alle Parteien einig, daß der Reichstag nicht mehr lebensfähig ist und wenn er noch einmal zusammenberufen wird, so geschieht das — vorausgesetzt, daß nicht außerpolitische Kompromissionen und jede Entschlußfreiheit nehmen — nur zu dem Zweck, um ihn wieder aufzulösen. Denn Herr Dr. Marx hat nicht den Ehrgeiz, die Erfahrungen seines Amtsvorgängers Dr. Sirefemann noch einmal zu machen; er weiß, daß Reichstagsstagnationen und Dauerkrisen identisch sind. Es ist ja zudem auch kein Zweifel mehr möglich, daß seit den Wahlen die politische Schicksalung innerhalb des deutschen Volkes ganz außerordentliche Veränderungen erlitten hat. Die Sozialdemokratie mit ihren 180 Mandaten hat bei den Wählern lange nicht mehr die Resonanz, die sie nach ihrer Mandatsstärke beansprucht; sie ist zudem, wie übrigens andere Parteien auch, innerlich so uneinheitlich, daß sie einen kompakten Willensfaktor nicht mehr darstellt, sondern halbtot als Zufallsgröße zwischen den wechselnden Mehrheiten des rechten und des linken Flügels schwankt. Darüber ist sich die Parteiführung auch durchaus im Klaren. Sie hofft nur, daß eine günstige Entwicklung bis zum März, April — um diese Zeit sind die Wahlen etwa zu erwarten — ihre Aussichten allgemein etwas günstiger beeinflußt, aber trotzdem hat sie als Erste den Wahlkampf aufgenommen und geht nun mit Vollkraft darauf aus,

ihre vorteilhafte Lage als Oppositionspartei zu nutzen, um rücksichtslos gegen die Regierung vorzugehen und dadurch vielleicht auch die Gegensätze im eigenen Lager zu überkleben.

Ein wichtiges Zugstück in ihrem großen Programm für den Wahlkampf ist der Sozialdemokratie die Befestigung des Belagerungszustandes. Sie vergißt ganz, daß sie selbst Jahr und Tag mit demselben Rezept regiert hat, sie vergißt ganz, daß zwar Philipp Scheidemann während des Krieges von der Reichstagstribüne mit großer Emphefe erklärte, mit dem Belagerungszustand könnte jeder Regieren, um nach der Revolution den Nachwuchs zu erbringen, daß er selbst damit nicht regieren konnte; sie vergißt, daß ihre eigene Presse jubelnd das Verbot mehr als einer rechtsstehenden Zeitung begrüßt und verteidigt hat. Heute sieht sie mit rührender Naivität die lächerlichsten Geschichten über das brutale Vorgehen der Reichswehr in Sachsen und Thüringen auf, klagt über die Ungleichheit mit Bayern und verhält ihr Haupt, wenn ein ihrer eigenen Blätter der Zensur zum Opfer fällt. Wenn man Sinn für Schadenfreude hätte, dann müßte man darüber lachen. Wie oft ist den Sozialdemokraten gesagt worden, daß sie mit dem Eingreifen in die Pressefreiheit keine Freude erleben würden, jetzt, wo sie selbst die Leidtragenden sind — und das nicht einmal allein — wollen sie mit einem Male ihre ganze Vergangenheit verweigern.

Aber der beginnende Wahlkampf entschuldigt alles. Und, um vor den Genossen hinreichend Eindruck zu machen, haben die sozialdemokratischen Führer sich in einen feierlichen Gehrock geworfen, um dem Reichskanzler einen Besuch zu machen und von ihm die Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen. Was er ihnen geantwortet hat, darüber schweigt sich der Vorwärts aus. Man wird daraus allein schon entnehmen können, daß Herr Dr. Marx nur ein sehr geringes Maß von Entgegenkommen geäußert hat. Begreiflicherweise: denn wenn wir uns zur Zeit einigermaßen geordneter Zustände erfreuen, so doch nur deshalb, weil die Tatsache des Belagerungszustandes und der Alarmbereitschaft der Reichswehr wie ein niederwerfendes Pulver auf alle aufgeregten Gemüter wirkt. Wo wir heute ohne Belagerungszustand wären, das darf man nicht einmal ausdenken. Und soweit haben sich die Verhältnisse doch noch nicht geändert, daß man eines solchen Präventivschusses entraten könnte. Die Sozialdemokraten wollen sich aber statt der ablehnenden Haltung des Kanzlers nicht zufriedengeben, sie wollen einen weiteren Vorstoß im Ueberwachungs-

ausschuß des Reichstages machen und erzählen bereits, daß sie dabei der Zustimmung der Demokraten wie auch eines Teils des Zentrums gewiß seien. Wir möchten das bezweifeln. Mag sein, daß sich eine Erleichterung der Ausnahmezustandsgesetzgebung durchführen läßt und ein Abbau in denjenigen Ländern, wo auch solche Vorstöße möglich sind, nicht mehr vorzuziehen sind, im allgemeinen aber werden die bürgerlichen Parteien die Auffassung der Regierung teilen, daß wir soweit noch nicht sind. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages aber ist jedenfalls nicht der Weg um weiterzukommen. Er hat seine ganz bestimmte Aufgabe, die lediglich darin besteht, sich gutachtlich zu bestimmten Vorschlägen der Reichsregierung zu äußern. Von sich aus die Initiative zu ergreifen, ist seines Amtes nicht, eben weil man verhindern wollte, daß er sich als ein Parlament im Kleinen aufstut. Er ist also schon formal für einen solchen Versuch nicht zuständig. Wollen die Sozialdemokraten wirklich etwas Ernsthafteres, dann müßten sie schon die Einberufung des Reichstages erzwingen wollen. Allerdings auf die Gewißheit hin, daß die Regierung diese Zumutung mit der Aufbahrung beantworten würde.

### Derliche und sächsische Angelegenheiten.

— Jahreswechsel im Schnee. Das war ein Jahreswechsel, wie wir in lange nicht erlebt haben. Die Welt glich einem verwunschenen Lande, das ein mächtiger Zauberer mit hohen Wällen gegen die Außenwelt abgesperrt hätte: wenn man vom Fenster aus beobachtete, wie die Schneedecke auf Straßen und Dächern immer dichter und weicher wurde. Es war, als ob die Welt völlig eingeschneien und eine neue Eiszeit hereinbrechen wollte. Der Umstand mag nun wohl viele bewegt haben, den Spästerabend in der Hut des warmen Kamines zu begeben und die Punschgläser in der Abgeschlossenheit des eigenen Helmes zu verwenden. Als aber um 12 Uhr vom Turme unserer Kirche feierliche Glocken läuteten und der Chorner Posaunenchor „Nun danket alle Gott“ blies und alle auf dem Markt versammelten mit einstimmten, da öffneten sich die Fenster und ein freundnachbarliches „Prosit Neujahr“ scholl herüber und hinüber und im Familienkreise schüttelte man sich die Hände, um nach altem schönen Brauch das Allerbeste für das kommende Jahr zu wünschen. Nachdem sangen die vereinigten Männergesangsvereine 3 Chöre und zwar „Heilige Nacht, o glück Du“, „Wie's daheim war“ und das



**Volksgebet.** Der Neustädter Sängerspruch „Wenn auch die Welt dir alles nahm“ bildete den Schluß der Feier der Jahreswende.

— (Wetterbericht.) Tiefdruckgebiete liegen im Osten Europas, während Hochdruckgebiete sich im hohen Norden und nördlich der Alpen befinden. Ein Teiltief, das am 1. Januar bis nach Nordosten Frankreichs sich erstreckte, hat deshalb einen wesentlichen Einfluß nicht erlangt, wenngleich in Deutschland nach kurzem Aufheikern mit stärkerer Kälte wieder Trübung mit etwas abnehmendem Frost eingetreten ist, was aber auf die stlichen Minimen zurückzuführen ist. Immerhin läßt das Fallen des Barometers über Island nun doch bald auf eine Wetteränderung für uns schließen.

— (Eisenbahnunfall.) Ein Eisenbahnunfall ereignete sich am Neujahrstage auf der Linie Ramenz—Arnsdorf. Bei Stein 160 zwischen Großröhrsdorf und Pulsnitz entgleiste der von Arnsdorf kommende, 746 vormittags in Ramenz fällige Personenzug 881 mit sämtlichen Achsen; lediglich die Lokomotive blieb im Gleise. Eine große Anzahl Reisende, deren Ziel Pulsnitz und Umgegend war, setzten ihre Reise zu Fuß fort; die übrigen Passagiere und die Post wurden durch einen von Ramenz aus entsandten Sonderzug weiterbefördert und trafen gegen 1/11 Uhr in Ramenz ein. Eine aus Dresden herbeieordnete Unfallkolonne übernahm die Aufräumungsarbeiten, die abends gegen 6 Uhr beendet waren. Der Verkehr wird eingeleitig aufrecht erhalten. Die Ursache des Unfalls, bei dem glücklicherweise niemand verletzt worden ist, war Schienenbruch.

— (Die umstrittene Frage der Hypothekenaufwertung.) Wie verlautet, kann es als völlig ausgeschlossen bezeichnet werden, daß ein Verbot der Aufwertung der Hypotheken durch die Reichsregierung erfolgen wird. Ueber die Aufwertung der Hypotheken sind zur Zeit Erwägungen in der Schweiz und es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Aufwertung der Hypotheken bis zu 10% des Vorkriegswertes erfolgt. Diese Aufwertung dürfte aber zum Teil der Heranziehung zur Steuer dienen. Entgeltliche Beschlüsse nach dieser Richtung sind jedoch noch nicht gefaßt. Es ist möglich, daß man sich dazu entschließt, die Aufwertung von Hypotheken von Fall zu Fall durch ein schiedsrichterliches Verfahren entscheiden zu lassen.

**Horn.** (Volksbäcker.) Im vergangenen krisenreichen Jahre wurde auch alle Volksbildungsarbeit vor schwere Krifen gestellt. War schon 1921 und 1922 aufbauende Tätigkeit im Stille früherer Zeit nur in sehr beschränktem Ausmaße möglich, so wurde sie 1923 durch die katastrophale Inflation völlig illusorisch. Unsere Volksbäcker sind davon hart betroffen worden. Ihr standen nur die geringen Einnahmen an Besoldungen zu Gebote; auf ein Gesuch an die Gemeinde um Unterstützung hat sie in Anbetracht der Mollage der bei weitem meisten Gemeinden verzichtet, und Staatsbeihilfe, nach Verfügung des Volksbildungsministeriums in Zukunft auf andere Basis als bisher zu stellen, blieb aus. Die vorhandenen Mittel genügen infolgedessen nicht einmal, die Mittgliedschaft beim Volksverband der Bäckerfreunde aufrecht zu erhalten; nur zwei seiner Bäcker konnten gekauft werden. Soweit außerdem Gelder vorhanden waren, wurden sie nach Möglichkeit zur Instandhaltung der Bäckerei verwendet. Durch diese offensichtliche Verarmung ist die Bäckerei genötigt, von sich aus auf Maßnahmen zur Erneuerung ihrer Leistungsfähigkeit zu sinnen. Sie wird ab 1. Januar für jedes Buch, entsprechend der Vorkriegszeit, wieder zwei Goldpfennige wöchentliches Beleggeld fordern und diesen Satz auch für alle Bäcker berechnen, die länger als die sachungsgemäß zugelassene Beihfrist von 4 Wochen, und zwar vor 4. Dezember 1923, ausgeborgt sind. Der Bäckerei-Ausschuß hofft hierin auf die Einsicht der Leserschaft und glaubt sich dabei nicht getäuscht zu haben; denn als einzigen Aktivposten für 1923 konnte er Benutzungsziffern buchen, die im Vergleich zu den Vorjahren entschieden einen Rekord darstellten: 1147 Bäcker an 607 Leser! Diese erfreuliche Tatsache einfach mit dem Hinweis auf die infolge der Arbeitslosigkeit bestehende größere Nachfrage nach anderweitigem Unterhaltungsmaterial abtun zu wollen, wäre schief; erfreulich an ihr ist vielmehr, daß die Gegenwartsnot die Nachfrage gerade nach dem guten Buche gesteigert hat. Solch Anzeichen beginnender Volksgesundung ermutigt den Bäckerei-Ausschuß, die ihm anvertraute Aufgabe mit neuer Kraft aufzunehmen. Nur wenn ihm die Leserschaft auch ferner Treue hält, wird er in der Lage sein, Neues zum Vorhandenen zu stellen!

**Gersdorf.** (Geflügel- und Kaninchen-Ausstellung.) Der hiesige Geflügelzüchter Verein veranstaltet in Verbindung mit dem hiesigen Kaninchenzüchter-Verein am 12. und 13. Januar seine 14. Schau im neubauten Saale der Brauschenke. Der Anmelde-schluß ist der 5. Januar. Anmeldepapiere sind beim Vorstand des Vereins, Herrn Heinrich Hentschel zu haben. Drei berühmte Preisrichter wählten am 11. Januar ihres Amtes. Zahlreiche Ehrenpreise sind gestiftet und wollen wir hoffen, daß auch diese Ausstellung zahlreich besichtigt wird und wird sich hiermit auch der Besuch der Ausstellung lohnen.

**Bischofswerda.** (Blühlicher Tob.) Auf der Polizeiwache ist in Ausübung seines Berufes am Sonntagabend der Polizeihauptwachmeister Schädlich durch Herzschlag aus dem Leben geschieden. Der Ver-torbene war schon 20 Jahre als Polizeibeamter im Dienste der Stadt.

**Baugen.** (Pferd und Schlitten gestohlen.) In Grabschütz wurde am 30. Dezember in den Abendstunden ein brauner Wallach sowie ein Schlitten, vierstgig, mit abnehmbarem Bod., blauem Tuchausflag, und eine schwarze Blüschbede sowie Peitsche gestohlen.

**Söbaw.** (Abbau der Banken.) Wegen Unrentabilität werden bis in den kleinen Bandorten errichteter Bankfilialen aufgelöst, u. a. auch die Zweig-stelle der Commerz- und Privat-Bank in Cunewalde.

**Dresden.** (Sächsischer Pressestag 1924.) Dem Beispiel des Berliner Bezirksvereins im Reichsverband der deutschen Presse folgend, der am 17. Dezember in Berlin eine bemerkenswerte Kundgebung für die Bedeutung der deutschen Presse veranstaltete, in deren Rahmen bekanntlich auch Reichs-kanzler Dr. Marx und Reichstagspräsident Lohse mit viel beachteten Darlegungen hervortraten, wird der Landesverband der sächsischen Presse in den Tagen vom 11. bis 13. Januar 1924 eine großartige Presse-tagung in Dresden zur Aufführung bringen, deren Zweck es ist, die Bande zwischen Öffentlichkeit und Presse enger zu knüpfen und auf die Bedeutung journalistischer Tätigkeit für Staat, Wirtschaft und Geistesleben unter besonderer Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse zu verweisen. Zur Teilnahme an dieser Tagung, die durch den Besuch des Vereins der ausländischen Presse in Berlin noch erhöhte Bedeutung gewinnt, werden alle in Betracht kommenden führenden Behörden des sächsischen Staates und der Stadt Dresden, das hiesige Reichs-wehrkommando, die Fraktionen des sächsischen Landtages, Vertreter der Diplomatie, des Handels, der Industrie und der Geisteswelt aufgefordert werden. Namhafte Redner, die gelegentlich einer im Landtagsgebäude geplanten Kundgebung zu Worte kommen werden, sind gewonnen worden. Das Programm der Gesamtveranstaltung umfaßt neben einer Anzahl von Empfängen und Darbietungen im engeren Kreise auch einen gesellschaftlichen Teil, der in einem unter Leitung des Generalmusikdirektors Busch am 12. Januar, abends 1/8 Uhr im großen Saale des Gewerbehäuses stattfindenden Konzert der Staatskapelle, bei dem auch Kammer Sänger Steegemann mitwirken wird, seinen Höhepunkt finden soll. An diese zweifelloso außerordentlich genuehrliche musikalische Veranstaltung wird sich ein vom Bezirksverein Dresden im Landesverband der sächsischen Presse gegebener Festabend mit Ball anschließen. Für beide Veranstaltungen, deren Vorbereitungen im besten Gange sind, werden bereits in den Tagen in den ersten Dresdner Fremdenhöfen und bei der Konzertdirektion Ries Zeichnungslisten ausgelegt werden.

**Dresden.** (Moderne Mädels.) Das „Zwif-lauer Tageblatt“ veröffentlicht folgendes beachtens-wertes „Eingeländ“: Bei 10 Grad Kälte und schar-fem Ostwinde stolzierten die Mädels mit ihren Zwirnsadestrümpfen in der Stadt herum. Sie frieren, nur weil sie die Mode mitmachen mußten. Diese verlangt, daß sie sich die Beine abfrieren, damit sie später, wenn sie einen Mann „glücklich“ machen sollen, ihn durch allerlei Unterleibskrankheiten, Jichias, Gicht und Rheumatismus das Leben zur Hölle ge-stalten, und natürlich sich mit. Ein halbwegs nor-maler Mann hat dicke wollene Strümpfe über den Unterbeinkleidern, hat seine Tuchhosen darüber und empfindet die Kälte trotzdem unbehaglich. Die un-vernünftigen Mädels aber ziehen einen Schleier über die Beine, meinen das sei hübsch und frieren dabei. Oben aber am Halse tragen sie dicke Pelze, trotzdem die Gesundheitsregeln sagen, daß man sich am Halse nicht so sehr verwickeln soll. Bis zum Anie also stehen die Mädels in einem Eiskeller und oben bis zur Brust nehmen sie ein Dampfbad. O, wie das dem Körper so gut tut! Dann sitzen sie den ganzen Tag im Büro, wo vielleicht gar Zementboden oder Lagerboden vorhanden ist und klappern mit den Zähnen und frieren am ganzen Körper. Diese Frau-leins häßeln mit 15—20 Jahren schon wie alte Frauen. Das sind die Mütter von morgen, die uns ein kräftiges Geschlecht erziehen sollen. Mädels, ich habe euch lieb und gerne, aber glaubt mir, jeder Mann mit gesundem Verstande laßt euch aus, wenn ihr mitten im Winter halbnackt daher kommt, wo doch jeder sieht, daß euch Gefrierfleisch an die Beine kommt, nur der Mode zullebe. Später könnt ihr euch nicht erklären, woher die Kinderkrankheiten kommen. Der Mann schafft sein Geld in die Apo-thekle für eure Marotten. Deshalb strickt euch wollene Strümpfe, sie sind billiger als das Spinnwebwebe, das ihr anhabt und das doch nach zwei bis drei Tagen zerrissen und unbrauchbar ist, weil ihr die Böcher nicht aneinander nähen könnt, sintemal hun-dert und tausend solcher Strümpflöcher immer noch kein einziges Paar Strümpfe ergeben.

**Sayda.** (Die teure Zeitung.) Eine reiche Gutsbesitzerfrau aus der Umgebung, die schon seit geraumer Zeit keine Zeitung mehr liest, „weil sie ihr

zu teuer war“, mußte diese falsch angebrachte Spar-samkeit teuer bezahlen, als sie mit längst verfaulendem Notgelde, von dem sie noch eine große Menge zu Hause hatte, ihre Einkäufe in der Stadt bezahlen wollte.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

— (Das Schicksal der Zentralarbeits-gemeinschaft.) In den Revolutionstagen von 1918 war bekanntlich zwischen den industriellen Ar-beitgeberverbänden und den drei Gewerkschaftsrichtungen die Zentralarbeitsgemeinschaft abgeschlossen worden. Auf dieser Zentralarbeitsgemeinschaft fuhte bis zu einem hohen Grade unsere nachrevolutionäre Sozial-politik, auf ihr baute sich in erster Linie das Reichs-tarifvertragswesen usw. auf. Durch die Wirtschafts-verhältnisse ist heute das meiste bereits zusammenge-brochen, was von der Zentralarbeitsgemeinschaft oder wenigstens in ihrem Sinne an sozialpolitischen Ge-setzmaßnahmen geschaffen wurde. Im Laufe des letzten Jahres sind auf Arbeitnehmerseite starke Or-ganisatoren der freien Gewerkschaften aus der Zen-tralarbeitsgemeinschaft ausgetreten unter der Begrün-dung, daß sie sich nicht durch ein Vertragsverhältnis mit den Arbeitgeberverbänden in ihren Maßnahmen länger binden lassen wollten. In den ersten Januar-tagen des neuen Jahres muß sich nun das Schicksal der Zentralarbeitsgemeinschaft überhaupt entscheiden. Praktisch hat die Zentralarbeitsgemeinschaft bereits sehr an Bedeutung verloren und es muß sogar be-zweifelt werden, ob die Zentralarbeitsgemeinschaft wenigstens nach außen hin noch länger bestehen bleibt. Jedenfalls herrscht in der Mehrheit der freien Ge-werkschaften die Ansicht, daß es für die sozialistische Gewerkschaftsbewegung „zweckdienlicher“ sei, jetzt, nach-dem sich die unheilvollen Folgen der marxistischen Sozialpolitik zeigen, aus der Zentralarbeitsgemein-schaft auszutreten, um nunmehr die Bahn für die Agitation völlig freizubekommen. Sollten die freien Gewerkschaften hieraus durch eine Kündigung der Zentralarbeitsgemeinschaft die Folgerung ziehen, dann dürfen auch die Christ-Dunkerschen Gewerkschaften nicht länger in der Zentralarbeitsgemeinschaft ver-bleiben. Das aber würde das Ende der Zentral-arbeitsgemeinschaft bedeuten, denn mit einer Gewerkschaftsrichtung, mit den christlichen Gewerkschaften allein würden die Arbeitgeber wohl schwerlich die Zentralarbeitsgemeinschaft der Form nach aufrecht erhalten. — Der auf dem Boden der Christ-Dunkerschen Organisationen stehenden Gewerkschaftsbund der Angestellten ist aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten.

— (Es bleibt bei Frankreichs Starr-sinn.) Wer gehofft hatte, die herannahende Wieder-kehr des Jahrestages des Ausbruchs der Ruhr werde die Last der militärischen Besetzung von diesem schwer heimgesuchten Gebiet nehmen, steht sich bereits eines anderen belehrt. Der halbamtliche „Temps“ macht jeder Illusion hierüber ein Ende durch die Feststellung, daß lediglich eine Umgruppierung der Besätze vor-genommen werden würde, um die „unrühmliche Be-setzung“ wiederherzustellen. Vor der Hand wird sich also wesentliches in den Zuständen im Ruhrland nicht ändern. Auch die deutschen Vorschläge in dem Me-morandum vom 24. Dezember über die Herbeiführung eines modus vivendi im besetzten Gebiet scheinen wenig Aussicht auf Berücksichtigung zu haben, nachdem glaubwürdigen Andeutungen zufolge sowohl Ober-kommissar Tirard als auch General Deputte die von der deutschen Regierung gewünschte Modifizierung des Regimes als der Ablehnung wert befunden haben. Die Sterotype Aufgabe Deutschlands scheint es zu sein, immer „eine andere Verhandlungsbasis“ in Vorschlag bringen zu müssen, als die nach reichlicher Erwägung von ihm dargebotene. Wird diese Methode der Gesen-seite beibehalten, dann kann eine wirklich greifbare Verständigung über die politische und wirtschaftliche Kernfrage Deutschlands auch im neuen Jahr nur auf sich warten lassen.

— (Für eine politische Entspannung.)

Savas berichtet aus Berlin: Ein Vertreter der fran-zösischen Berliner Kolonie hat bei dem Empfang am 1. Januar in der französischen Botschaft den Wunsch ausgedrückt, daß die geplanten Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland möglich gemacht werden. Die französische Kolonie bringe den zum Ausbruch: Das Jahr 1924 möge eine politische Entspannung bringen, die für die französischen Geschäftsleute in Deutschland die Grundlage des Erfolges sei, damit sie ihre Aufgaben im Interesse der französischen Industrie und des französischen Handels durchführen können. Der französische Botschafter De Margerie versicherte die Franzosen in Berlin der größten Aufmerksamkeit, die die französische Regierung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutsch-land widmen und erklärte: Möge das Jahr 1924 allen denen, die die Aufgabe haben, den Frieden wie-der herzustellen, jenen eifrigen Willen und jene Herr-schaft über sich selbst, jenen Glauben und jenes Fein-gefühl für die Erfüllung internationaler Verpflichtungen geben, die allein in der Lage sind, ein dauerhaftes Ge-lände für die internationale Solidarität aufzurichten.

— (Bevorstehende neue Preisenkung?) Aus Berlin wird gemeldet: Die Konferenzen im Reichsarbeitsministerium über die Anpassung der im-